

Dresdener Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementpreis mit der Zeit Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst und der Jugendzeitung einschließlich Fringselohn monatlich 20 Pf. Post und Porto befreit 27 Pf. unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 30 Pf. — Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Gr. Jungferstraße 14, II. Tel. 3465.
Sprechstunde nur nachmittags von 12 bis 1 Uhr.
Expedition: Gr. Jungferstraße 14. Tel. 1763.
Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserats werden die eigentümliche Verweise mit 25 Pf berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Berechnungen 20 Pf. Inletten müssen bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdener Volkszeitung.

9. S.

Dresden, Mittwoch den 11. Januar 1911.

22. Jahrg.

Statt Wahlreform — reaktionärer Jugenddrill!

Ein leerer Saal im königlichen Schlosse zu Berlin, ein thronähnlicher Thronstuhl, davor ein langer Tisch, der mit einseitiger Stimme ein langweiliges Aktensstück herunterliest! In so deprimierender Stimmunglosigkeit, so ganz gesamt-Hollwäulerei vollzog sich am Dienstag, dem 10. Januar, die Wiedereröffnung des preussischen Landtags. Selbst die Tenorische Tageszeitung, unter dem bleiernen Eindruck dieser Stimmunglosigkeit, schreibt: „Wie um die Bedeutungslosigkeit der neuen Tagung schon in den Zeremonien der Eröffnung zum Ausdruck zu bringen, erfolgte diese in den einfachsten Formen.“ Mit anderen Worten: es war geradezu langweilig.

Die Thronrede ist weder durch das Wenige, das sie enthält, noch durch das Viele, das sie nicht enthält, eine Lieberredung. Von der preussischen Wahlreform, die in der Thronrede vom 20. Oktober 1908 als „eine der wichtigsten Aufgaben der Gegenwart“ gefeiert wurde, hört man kein Wort mehr. Die Thronrede kapituliert vor den Junkern.

Am 20. Oktober stand die Regierung unter dem Eindruck der gewaltigen Kundgebungen des preussischen Volkes; da ließ es sich einmal: Die Wahlreform muß sein! Seitdem haben die Junker gedreht und getobt, sie haben den verantwortlichen Hebel der Wahlreform vom 20. Oktober davon gelöst und die von seinem Nachfolger fortgeführten ständigen Reife einer Wahlreform unter den Tisch gekehrt. Und jetzt mag die tief bekommene und eingeschüchterte königliche Staatsregierung gar nicht mehr den Mund aufzumachen!

Auch der Blinde muß an diesem Schulfall merken, daß die Vorzüge, die von gewissen feilschen Theoretikern des Staatsrechts der Monarchie zugeschrieben werden, nur in der Phantasie der monarchistischen Lobhudler existieren. Man erzählt uns, daß die Krone über den Parteien stehe, und daß sie berufen sei, in kritischen Zeiten unbeeinträchtigt von der Meinung des Tages, das entscheidende Wort zu sprechen. In der preussischen Verfassungsurkunde aber hat die Monarchie vollständig verfaßt. Sie hat sich hier auch nicht unabhängig von der Meinung des Tages, sondern vielmehr in hohem Grade unterworfen gezeigt. Auch von der angeblichen „Stetigkeit“, die durch die monarchische Staatsform verbürgt sein soll, kann man jetzt, wie ja schon lange, nur noch mit höchster Ironie sprechen, denn es hat sich gezeigt, daß hinter der Thronrede vom 20. Oktober 1908 kein heiliger fester Wille stand, das dort Verkündete auch wirklich durchzuführen.

Indes, was kein Mensch so kindisch sein zu glauben, daß die Sache damit erledigt ist, und daß in der Welt nicht mehr existiert, was die Thronrede in unendlicher Verlegenheit verweigert. Wenn sich auch die königliche Staatsregierung dem Wunsch der preussischen Senioren, daß von der Wahlrechtsfrage nicht mehr die Rede sein solle, gefügt hat, so liegt für die sozialdemokratischen Abgeordneten im Reichstag und Landtag, für die Presse, für das ganze preussische und deutsche Volk

kein Anlaß vor, ein Gleiches zu tun. Im Gegenteil. Durch die Ergebung der Krone in die Wünsche des Junkertums wird in den Massen die Ueberzeugung gefestigt werden, daß in der preussischen Wahlrechtsfrage kein Fortschritt möglich ist, der nicht von ihnen aus eigener Kraft errungen und erzwungen wird. Niemand wird dem Volke helfen, wenn es sich nicht selber hilft!

Indes, so leer die Thronrede in bezug auf die wichtigste Aufgabe der Gegenwart ist, ganz bedeutungslos ist sie doch nicht. Es ist keine programmatische Erklärung des gegenwärtigen Kurzes so klein und unbedeutend — ein Umsturzgefecht muß drinne sein! Die „planmäßige Ausgestaltung der Jugendpflege“, die in der Thronrede angekündigt wird, bedeutet nichts anderes als einen Versuch, den reaktionären Gesinnungsdrill der Jugend auch auf das schulentlassene Alter auszudehnen. Ueber diese Absicht der preussischen Selbsteuler könnte kein Zweifel bestehen, auch wenn die konservative Presse nicht so freundlich gewesen wäre, die dunklen Anführer dahin zu erläutern, der Gefahr zu begegnen, „daß die in den Städten und Fabriken aufwachsende Jugend von dem revolutionären Klassenkampfgeiste ganz mit Beschlag belegt werde“. Die Ausnahmeerziehung für die Jugend, die bei der Schaffung des Reichsvereinsgesetzes mit freisinniger Hilfe eingeleitet wurde, soll jetzt vom preussischen Landtag weiter fortgeführt werden.

Das Volk wird an den Verhandlungen des preussischen Landtags nur insoweit Anteil nehmen, als es sich darum handelt, reaktionäre Anschläge abzuwehren oder dem bestehenden Klassenherrschaft das Grab zu schaufeln. Einseitig ist diese traurige Mummie eines Parlaments als Element des politischen Anschauungsunterrichts, als Objekt der Agitation, gerade noch gut genug. Sonst taugt sie zu nichts mehr!

Der Landtagsbeginn in Preußen.

Im Abgeordnetenhaus brachte der Finanzminister Dr. Lenke den Etat ein. Er hielt sich streng an sein Zahlenmaterial. Politische Betrachtungen schloß er ganz aus, und die wirtschaftliche Lage berührte er nur, als er von der Zunahme der Schuldzinsen und von dem Kampfe aller gegen alle zum Schaden der Kleinen und Mittleren Exzitieren sprach.

Der Etat bietet ein im allgemeinen nicht ungünstiges Bild, obwohl die gesamte preussische Staatsschuld auf mehr als 9 Milliarden Mark geschätzt ist. Das Defizit für 1909, das ursprünglich auf 156 Millionen veranschlagt war, beträgt in Wirklichkeit nur 33 Millionen, und der neue Etat, der in Einnahmen und Ausgaben mit 4 Milliarden balanciert, wird voraussichtlich überhaupt keine Schuldbetrag erbringen. Ein eingeleitet ist herangezogen, daß die Mehrerträge der Reichsverwaltung auf 31 Millionen veranschlagt sind. Im besonderen ist daran die Offensivverwaltung beteiligt. Dagegen sind die Mehrerträge bei der Verwaltung der Pässe und indirekten Steuern zum Teil durch den Einfluß der Reichsfinanzreform erheblich zurückgegangen. Einmal heißt den Einkünften aus dem Reichssteuer, ferner ist vor allem unter dem Einfluß des sozialdemokratischen Schnapsbolschismus die

Vergütung für Erhebung und Verwaltung der Brantweinsteuer um 1,8 Millionen Mark gesunken.

Am Sonnabend soll die Statbehörde beginnen. Die geborenen und lebenslänglichen Mitglieder im Herrenhause hielten die diversen Neujahrswünsche nach und wählten zwischen durch ihre Präsidium wieder.

Kirchenschwänger.

Es wird uns aus Berlin geschrieben:

Der preussische Landtag hat neben anderen hervorragenden Eigenschaften sicher den besonderen Vorzug, das frommste Parlament der Welt zu sein. Eine Dreiviertelmehrheit beider Häuser steht auf orthodox protestantischem oder katholischem Boden, und der „christliche Geist“ wird in keinem Parlament so oft von den Rednern im Munde geführt wie hier. Der kirchlichen Bestimmung, die in diesem Landtage wartet, verdankt ja Preußen auch seine konfessionelle Volksschule, das Ueberwiegende der Religion im Elementarunterricht, die treibhausartige Förderung von Kirchenbauten und religiösen Anstalten aller Art.

Entsprechend dieser frommen christlichen Bestimmung der preussischen Gesetzgebung besteht der Brauch, daß vor der Eröffnung des Landtages ein Gottesdienst in zwei der größten Kirchen Berlins stattfindet, für die Protestanten im Dom, für die Katholiken in der Hedwigskirche. Da finden die gottesfürchtigen Volksvertreter Gelegenheit, sich feilsch für ihr schweres Werk zu stärken und zu dem lieben Gott zu beten, auf daß er sie zum Wohl des Volkes erleuchten möge.

Als nun die parlamentarischen Kirchenbesucher am 10. Januar aus dem Gottesdienste nach dem königlichen Schlosse „Lindens“, wo die feierliche Eröffnung des Landtages stattfand, zählte man sie, und fand, daß es genau hundertundfünfzig waren. Soviel waren nämlich im Leichen Saale anwesend; ob die alle zuvor den Gottesdienst besucht oder ob nicht wieder ein erheblicher Prozentsatz von ihnen hinter die Kirche gegangen war, läßt sich leider nicht feststellen. Die Mehrheit der Kirchenbesucher gehörte dem Herrenhause an, von den 443 Mitgliedern des preussischen Abgeordnetenhauses sind aber kaum fünfzig in der Kirche gewesen.

Es scheint also, daß die Mehrheit der frommen Parlamentarier auf dem Standpunkt steht, daß die Religion zwar dem gewöhnlichen Volke erhalten werden muß, daß sie aber für besser erlebte Geister, soweit sie im preussischen Landtag vertreten sind, ziemlich überflüssig sei. Die Sozialdemokratie wird man jedenfalls für den schlechtesten Streifenbuck nicht mehr verantwortlich machen dürfen, da doch das Vergnügen diesmal von oben kommt!

Briefe aus dem Orient.

Neuen Zeiten entgegen!

Die erste Periode der türkischen Revolution geht rasch ihrem Ende entgegen. Sie fand im Zeichen des „Komitees“, d. h. an Stelle der geistlichen Autorität des Sultans die Autorität der revolutionären Organisations. Das war unermesslich in einem Lande, das sich ein politisches Leben konnte und eine Zentralmacht aus dem Angriffen von außen und den reaktionären sowohl als den sozialistischen Tendenzen im Innern entgegenzusetzen zu können. Der Verlauf dieser Periode ging nicht ohne manchen Behaglich und großen Drama ab. Immerhin war man sich, wenn auch langsam, aber doch bewußt, daß man sich überwinden mußte, die man zu erfüllen wollte. Was man sich aber nicht bewußt wird, das ist, daß dieser Kampf ein abgeklungener ist. Die von der Revolution selbst geschaffenen politischen Elemente können sich gegen den jetzt herrschenden Sultans und Kriegsgewalt nicht auszuweichen hat.

Von allen Seiten, so verschiedenartig auch die Interessen der beteiligten sind, macht sich das Verlangen geltend: mehr Freiheit! In der Behauptung ihrer Interessen, aber sie fühlen es bereits genügt werden wollen. In der ersten Zeit war schon der Schurz des die das Volk in die Vergangenheit zurückweicht, verlangt man Freiheit abgeklungener ist, ist man so mehr im Schwimmen begriffen, als das die Naturkraft auf sich konzentrieren könnte.

Die lebenden Männer der Jungtürken sehen diese Wandlung der Verhältnisse als eine Gefahr für ihre Herrschaft, folglich haben immer schärfer, die eigene Partei davon zu überzeugen. Um die Majorität der Minorität entgegenzusetzen, haben sie auf das Schicksal des Parlamentes ein zweites geschaltet. Sie haben neben dem die Majorität hält ihre Sitzungen ab, genau so wie das Parlament, und die Sitzungen des letzteren werden unterbrochen, wenn die Majorität ihre Plenarsitzung hält; jede wichtige Frage wird

erst von der Majorität verhandelt und entschieden, bevor sie ins Plenum gelangt. So wollte man mittels der Majorität das Parlament regieren — mehr als das, ausschalten; und innerhalb der Majorität entschied wiederum die Minorität; die Minorität der Majorität ist aber in Wirklichkeit, wie die letzten Abstimmungen gezeigt haben, ein Kommando. Bei der jüngsten Abstimmung, die ein gegenseitiges Vertrauensvotum war, vereinigte die Regierung nur noch 93 Stimmen.

Da die Abstimmungen nur noch die Entscheidungen der Majorität der Majoritätspartei zu akzeptieren haben, so verlieren sie ihr Interesse. Ein Abenteuerverbot macht sich geltend, der das Parlament angehen will, im eigenen Hause zu verhandeln. Das ist offenbar die Schwierigkeiten nicht, deshalb macht sich eine andere Strömung geltend, die darauf hinausgeht, das Parlament aufzulösen, um unter dem höchsten Druck bei den Wahlen eine geschlossene Komitomalderität zu gewinnen. Diese gewagte Taktik kann aber auch ein ganz unerwartetes Resultat zur Folge haben.

Inzwischen splittet die Unionspartei immer mehr ab; einzelne, und zwar gerade besonders hervorragende, Mitglieder treten formell aus ihr aus. Indessen magt sich die öffentliche Meinung immer mehr herbor und zeigt entschieden eine liberale Färbung.

Da in diesem Lande des erwachenden politischen Lebens die Geistesverfassung der Intelligenz von hoher Bedeutung ist, habe ich es versucht, mich über die Stimmungen der höchsten Studentenschaft zu orientieren. (Konstantinopel besitzt eine moderne Universitäts mit mehreren Tausenden Studierenden.) Meine Gesprächspartner aus Studentenkreisen, die umfassende Verbindungen haben, waren während der Ferien recht pessimistisch gestimmt. Seit einigen Wochen sind nun die Vorlesungen, die wegen der Cholera aufgeschoben wurden, wieder aufgenommen worden, und da habe ich von Tag zu Tag beobachten können, wie die Stimmung meiner jungen Freunde immer zuverlässiger und hoffnungsfreudiger wurde. Sie erklären, sie seien schamlos

über den geistigen Fortschritt, den die Masse der Studentenschaft in diesem Jahre gemacht habe, ein frischer Zug gehe durch die Jugend, ein reges politisches Interesse zeige sich. Man denke, daß hier noch keine scharfe Scheidung zwischen den „Vätern“ und den „Söhnen“ eingetreten ist, die Jugend gibt also, wenn auch in lebhafteren Farben, die Stimmung ihres Väter wieder.

Die Konstantinopler Studentenschaft hat unter anderem eine Adresse an die wegen der letzten Manifestationen verfolgten russischen Studenten gerichtet. Das Schriftstück, das über hundert Unterschriften trägt, hat folgenden Wortlaut: „Durch ihre Selbstaufopferung im Kampfe für Recht und Gerechtigkeit haben die russischen Studenten einen Dienst der Menschheit erwiesen und indirekt zum Erfolge der türkischen Revolution beigetragen; und nun werden sie wieder Strafanfechten und Brutalitäten ausgesetzt. Wir Studierenden der osmanischen Universitäten sprechen unseren Kameraden unser warmes Mitgefühl aus und protestieren energisch gegen die Gewalttätigkeiten der letzten Tage.“

Die Arbeiter sind in der Türkei der Studentenschaft politisch vorausgeritten und haben bereits bedeutende Zeugnisse ihres sozialen Interesses abgelegt. Man läßt sie aber nicht emporkommen. Neulich haben einige Parlamentarier den Minister des Innern und den Minister der öffentlichen Arbeiten wegen der Verfolgungen, denen die Arbeiterorganisationen in Saloniki ausgesetzt werden, zur Rede gestellt. Die Minister schoben die Schuld auf die Lokalbehörden und verdrängten die Arbeiter. In Konstantinopel stellt sich so gut wie gar nichts machen, da hier der Belagerungsstand herrscht.

Zum Schluß einiges über das Bauerntum, das stumm leidet und doch die Hauptfrage des Reiches bildet. Das Agrarministerium hat eine Agrar-Rolle für die europäische Türkei zusammengestellt. Sie ist unzuverlässig und lückenhaft, aber die erste, die es überhaupt gibt. Wir erfahren nun aus dieser Quelle, daß im Vilajet Adrianopel 55 Prozent der landwirtschaftlichen Betriebe weniger als je 1 Hektar umfassen, weitere 25 Prozent weniger als je 5 Hektar. Das Vilajet Adrianopel zeigt eine dornigen türkischen Bevölkerung; über acht Prozent dieses türkischen Bauerns sind also kleine Parzellensbauer. Leider läßt sich der Vergleich für das ganze Gebiet nicht durchführen. Wir erfahren aber, daß überhaupt nur 8,25 Prozent der Landbesitzer unter landwirtschaftlicher Kultur stehen. Von den Bauern und gewaltigen Flächen bebauten Landes — das ist das türkische Agrarproblem.

Barbus.